



Stadtratsfraktion Pirmasens

DIE LINKE – PARTEI Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

Herrn
Oberbürgermeister
Markus Zwick
Postfach 2763

66933 Pirmasens

**Am Immenborn 6
66954 Pirmasens**

**Telefon: 06331/93845
Mail: info@linksfraktion-ps.de
Internet: www.linksfraktion-ps.de**

Antrag zur Stadtratssitzung am 22. Mai 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

10. Mai 2023

die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 22. Mai 2023 zu setzen.

Härtefallfonds weiter entwickeln

Der Stadtrat beschließt einen zeitlich befristeten Zuschuss von 20 Euro pro Person und Monat für Sozialleistungsbezieherinnen und – bezieher, die ein 49-Euro-Ticket erwerben wollen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Härtefallfonds der Stadt und der Stadtwerke Pirmasens, bis die Hälfte des Fonds aufgebraucht ist. Die Verwaltung wird beauftragt, dazu eine entsprechende Berechnung zu erstellen sowie praktikable und unbürokratische Auszahlungsmodalitäten zu entwickeln.

Begründung:

Die Stadt Pirmasens und die Stadtwerke haben gemeinsam einen Härtefallfonds mit dem Zweck gebildet, Menschen in atypischen Lebenssituationen und außergewöhnlichen Notlagen beim Ausgleich von exorbitanten Nachforderungen in Folge der Energiekrise zu unterstützen. Dafür wurden 250.000 Euro im Haushalt eingestellt. Bis zur Genehmigung des Haushalts stellt die Stadtwerke Versorgungs-GmbH 50.000 Euro für eventuelle Auszahlungen zur Verfügung.

Dieser Zweck soll grundsätzlich gewahrt bleiben. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger von diesem Hilfsangebot kaum Gebrauch machen, nicht zuletzt weil die Hürden, um in den Genuss der Unterstützungsleistung zu kommen, extrem hoch angesetzt wurden und einen hohen bürokratischen Aufwand nach sich ziehen. Nach Presseberichten soll erst ein Antrag auf finanzielle Unterstützung eingegangen sein, der jedoch abgewiesen wurde.

Deshalb schlagen wir vor, den Härtefallfonds um eine weitere soziale Komponente zu ergänzen und die bereit gestellten Finanzmittel hälftig als Zuschuss für Sozialleistungsbezieher einzusetzen, die ein 49-Euro-Ticket erwerben wollen.

Sozialverbände, Gewerkschaften und Kirchen rufen bundesweit dazu auf, in Zeiten hoher Teuerungsraten gerade die Schwächsten der Gesellschaft in ihrem Recht auf Mobilität finanziell zu unterstützen und das 49-Euro-Ticket, das selbst zu diesem Preis nicht durch dafür vorgesehene Regelsätze gedeckt ist, für diese Personengruppe zu subventionieren. Viele Kommunen sind bereits diesem Aufruf gefolgt und setzen unterschiedliche Modelle vorwiegend als freiwillige Leistung um, die von Teilzuschüssen bis zur vollständigen Kostenfreiheit reichen.

Da die Stadt Pirmasens bisher weder ein Sozialticket eingeführt hat, noch auf Grund der defizitären Haushaltslage davon ausgehen kann, dass freiwillige Leistungen aus dem regulären Haushalt für ein verbilligtes ÖPNV-Angebot genehmigungsfähig sind, bietet sich als Lösungsmöglichkeit der bereits bestehende Härtefallfonds an.

Konkret sollen 125.000 Euro für den bisherigen Zweck auch weiterhin zur Verfügung stehen. Wünschenswert wäre jedoch, dass die Vergabekriterien im Stadtrat diskutiert und möglicherweise überarbeitet werden, damit mehr Menschen von diesem Hilfsangebot profitieren können.

Für den Restbetrag soll die Verwaltung ein Zuschusskonzept erstellen, das auf Grundlage einer Interessensabfrage der Antragsberechtigten den möglichen Zeitrahmen für einen Zuschuss von 20 Euro pro Person und Monat festlegt, bis die 125.000 Euro aufgebraucht sind. Die zeitliche Befristung des Zuschusses ist insbesondere deshalb notwendig, um eine gerechte Verteilung auf alle Antragsberechtigten zu gewährleisten und sie die gleiche Chance haben, in den Genuss des Zuschusses zu kommen. Sollten die Mittel nicht bis zum Stichtag verausgabt werden, fließen sie zurück in den Fonds.

Um den so weiter entwickelten Härtefallfonds besser bekannt zu machen, soll ein entsprechender Flyer aufgelegt und im Internet und den sogenannten sozialen Medien darauf aufmerksam gemacht werden. Pressartikel sind dafür nicht ausreichend, da sich Sozialleistungsbezieher kaum eine Tageszeitung leisten können.

Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI:

Frank Eschrich, Vorsitzender
Brigitte Freihold, Florian Kircher, stellv. Vorsitzende